

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Bienenbinderhof 57, 4. St.

• Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 M .
für Versammlungsanzeigen 10 M pro Zeile.

Der Arbeitsmarkt.

Das „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht das Resultat der statistischen Erhebungen über den Arbeitsmarkt im Dezember 1918 und faßt das Ergebnis kurz wie folgt zusammen:

„Die dem Statistischen Reichsamt zugegangenen Berichte lassen deutlich erkennen, daß die im November begonnene ungünstige wirtschaftliche Entwicklung im Dezember sich noch im verstärkten Maße fortgesetzt hat. Die Hauptindustrieweige zeigen sowohl dem Vormonat wie auch dem Vorjahr gegenüber meist eine verstärkte rückgängige Bewegung des Geschäftsganges. Die Arbeitslosigkeit hat sich weiterhin bedeutend gesteigert; aber sie hat ihren Grund nicht lediglich in dem Mangel an Arbeit, der vielfach durch die fehlenden Rohstoffe hervorgerufen worden ist, sondern beruht zum großen Teil darauf, daß die Arbeiter sich weigerten, nach den Gegenden bringenden Bedarfs abzuwandern, wie sich überhaupt eine gewisse Arbeitsunlust bemerkbar machte. So wurden Ende des Jahres 1918 in Berlin bereits weit über 100 000 Arbeitslose, in Köln 28 000 in Frankfurt a. M. 12 000 und in Aachen 10 000 gezählt. Als Hauptursache des mangelnden Angebots an Arbeitskräften wird vielfach der hohe Satz der Erwerbslosenunterstützung angesehen, der geradezu produktionshemmend wirkte; zudem hätten in verschiedenen Gegenden Deutschlands, zum Beispiel in Hamburg, die Arbeitslosen in stürmischen Demonstrationen weitere Erhöhungen der Unterstützungssätze verlangt, die wiederum erneute Lohnforderungen hervorgerufen müßten. Ferner wirkten die vielfachen Streikbewegungen sowie die allgemeine politische Erregung äußerst ungünstig auf den Arbeitsmarkt ein. So wird zum Beispiel aus Frankfurt a. M. berichtet, daß mancher Betrieb Arbeitslose aufnehmen könnte, wenn nicht der geforderte Lohn im umgekehrten Verhältnis zu der jetzigen Verdienstmöglichkeit stände. Infolgedessen sei auch die Unternehmungslust so gut wie gelähmt, obgleich in einzelnen Industriezweigen Aufträge in großem Maße vorliegen. So ergibt sich eine äußerst ungünstige Lage des Arbeitsmarktes, die durch zunehmende Räumigungen in den großen Werken eine weitere Verschärfung erfährt; es steht zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit dergestalt zunehmen wird, daß Abhilfemaßnahmen, wie zum Beispiel die in vollem Umfange vorbereiteten Notstandsarbeiten, kaum viel Änderungen bringen werden.“

Hieraus ergibt sich zunächst, was schon immer vermutet wurde, daß es nach dem Kriege auf dem Arbeitsmarkte sehr schlimm bestellt ist. Das würde aber auch der Fall gewesen sein, wenn der Krieg einen andern Ausgang genommen haben würde und die großen Heeresmassen zurückgeströmt wären. Denn alle wirtschaftlichen Vorgänge waren auf den Krieg eingestellt und mußten umgeschaltet werden, was in keinem Falle so rasch erfolgt wäre, um Störungen auf dem Arbeitsmarkte auszuschließen. Aber die politischen Machtverhältnisse haben sich gewandelt, und das kommt ebenfalls in diesem Bericht zum Ausdruck. Hätten die alten politischen Machthaber den Krieg zu liquidieren gehabt, dann würden sie die Arbeitslosen sicher gar nicht gezählt haben. Jetzt muß es geschehen. Aber die neuen politischen Mächte haben sich noch nicht völlig durchgesetzt; jedenfalls haben sie auf die Publikationen des Reichsarbeitsblattes noch nicht den gehörigen Einfluß, sonst würden die offensichtlich ungerechten Beurteilungen der Arbeitslosen in der Berichterstattung sicherlich nicht enthalten sein. Man denke nur: Die Arbeitslosigkeit beruht nach diesem Bericht „zum großen Teil darauf, daß die Arbeiter sich weigerten, nach den Gegenden bringenden Bedarfs abzuwandern, wie sich überhaupt eine gewisse Arbeitsunlust bemerkbar machte.“ Das ist lediglich eine bequeme Formel aus dem alten politischen Regime! Mag sie immerhin nicht aus purer

Geschäftigkeit gegen die Arbeiter hervorgeholt sein, so aber doch aus völliger Ratlosigkeit. Auf einwandfreien Erhebungen beruht diese Beurteilung der Arbeitslosen sicher nicht. Vom selben Kaliber ist die Behauptung: „Als Hauptursache des mangelnden Angebots an Arbeitskräften wird vielfach der hohe Satz der Erwerbslosenunterstützung angesehen, der geradezu produktionshemmend wirkte.“ Diese Behauptung verrät doch nur, daß das alte Regime auf eine Erwerbslosenunterstützung bei der großen Störung auf dem Arbeitsmarkte nach dem Kriege gar nicht eingerichtet war. Und die Behauptung, daß infolge der hohen Löhne „die Unternehmungslust so gut wie gelähmt“ sei, zeugt doch nur von der Absicht der Unternehmer, nach dem Kriege die Löhne der Arbeiter zu drücken, die sich nun nicht so leicht verwirklichen läßt, als wenn das alte politische Regime noch am Ruder wäre. Alles das erinnert stark an die Zeiten des seligen preussischen Finanzministers Camphausen, der in der Reichstagsitzung am 26. Januar 1875 den Rat erteilte: „Deutschland müsse wohlfeiler produzieren lernen, man müsse fleißiger, sparsamer, wirtschaftlicher werden. Dazu gehöre vor allem eine andere Regulierung der Arbeitslöhne; man müsse die Anforderungen an die Arbeiter steigern, die Löhne aber nicht erhöhen, sondern teilweise herabsetzen.“

Wir verkennen die großen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkte nicht und wollen gerne dazu beitragen, sie abzustellen und trauen diese Absicht auch jedem klassenbewußten Arbeiter zu. Aber mit den Methoden des seligen Camphausen geht das nicht. Solche Methoden würden die gegenwärtigen Zustände auf dem Arbeitsmarkte weit eher verschlimmern, als bessern.

Man scheint auch höheren Orts zu besserer Einsicht zu kommen. So versendet das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung unterm 7. Februar eine Mitteilung an die Presse, darin wird ausgeführt:

„Trotz der Zunahme der Arbeitslosigkeit, verursacht durch Arbeiterentlassungen auf Grund von Kohlen- und Rohstoffmangel und Transportchwierigkeiten, entwickelt sich das Bild des Arbeitsmarktes nicht ganz so ungünstig wie in den letzten Wochen. Die Gründe dafür liegen einmal in der Inangriffnahme von größeren Notstandsarbeiten, wie sie besonders in den Großstädten und in den industriellen Bezirken nunmehr kräftig eingeleitet hat. Dann wird aber auch aus den verschiedensten Teilen des Reiches von einer steigenden Bereitwilligkeit der Erwerbslosen berichtet, Arbeit auf dem Lande und im Freien aufzunehmen. Doch wird zum Beispiel aus Sachsen dazu mitgeteilt, daß diese stärkere Nachfrage der Fabrikarbeiter nach Landarbeit leider nicht aus den Kreisen, die vor der Abwanderung in die Städte der Landwirtschaft angehörten und die für die Landwirte darum am geeignetsten wären, komme. . . . Größere Einstellungen von städtischen Arbeitern auf dem Lande scheitern gewöhnlich noch immer an den hohen Anforderungen der Industriearbeiter. Die Landwirte andererseits scheuen noch immer davor zurück, den Arbeitsnachweisern positive Angaben über Entlohnung und Unterbringung der angeforderten Arbeitskräfte zu machen. Es ist unzweifelhaft, daß die Löhne auf dem Lande einer Verbesserung bedürfen, ferner, daß die Naturalentlohnung wieder eine größere Rolle spielen muß. Darüber sind sich die landwirtschaftlichen Behörden auch im allgemeinen klar. Nur muß die Naturalentlohnung selbstverständlich ganz anders als früher gewertet werden und demgemäß auch in den Lohnverträgen in die Erscheinung treten.“

Die Sache ist eben nicht so einfach, wie sie gewöhnlich hingestellt wird. Es handelt sich nicht bloß um einen Ortswechsel der Arbeitslosen, um in Arbeit zu kommen, sondern auch um einen Berufswechsel; außerdem in allen Fällen um sehr unsichere Zukunftsverhältnisse. Wer auch nur einen Hoffnungsstimmer hat, an dem

Orte seines bisherigen Aufenthalts wieder lohnende Beschäftigung zu bekommen, meidet die Abwanderung. Darüber ist kaum etwas zu sagen.

Uebrigens, so ungeheuer die Arbeitslosigkeit im ganzen genommen auch erscheint, im einzelnen dürfte sich ein anderes Bild ergeben. In unserm Zentralverbande waren in den Friedensjahren 1899 bis 1908 im Durchschnitt im Dezember von je 100 Verbandsmitgliedern 13,80 arbeitslos, im Januar von je 100 Verbandsmitgliedern 20,27; im Dezember 1918 waren hingegen von je 100 Verbandsmitgliedern 8,38 arbeitslos, im Januar dieses Jahres von je 100 Verbandsmitgliedern 10,11. Gewiß sind wir damit über die Krisis noch lange nicht hinaus, aber die Beurteilung der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosen, wie sie im „Reichsarbeitsblatt“ zum Ausdruck kommt, trifft auf den Zimmererberuf in keiner Weise zu. Sie muß entschieden zurückgewiesen werden.

Im Werden begriffen.

Erst der Stimmgittel zu Parlamentswahlen hat die moderne politische Partei geschaffen. Was vorher bestand, waren Meinungsgruppen, Stimmungsverbündete, aber nicht politische Parteien im heutigen Sinne mit ausgearbeiteten Programmen, gegliederten Organisationen und selbständigen Zeitungsdienste. Die Konservativen konnten die besondere Parteiorganisation am leichtesten entbehren, da der ganze Staatsorganismus mit seiner Behörden und Zeitungen ihre Bestrebungen propagierte. Die Liberalen der verschiedenen Schattierungen vertraten die Interessen der Industrie und des Handels. Sie waren seit Mitte der sechziger Jahre in die beiden Hauptkräfte des Nationalliberalismus und der Fortschrittler gespalten. Manchmal haben sich diese beiden Gruppen des Liberalismus einander genähert; manchmal haben sie in harten Kämpfen sich gegenübergestellt; doch immer war der Ausgangspunkt ihres politischen Wirkens der Gebanke, der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des einzelnen dürften keine Schranken gezogen werden, und die Staatsgewalt dürfe sich in das wirtschaftliche Spiel der Kräfte nur möglichst wenig einmischen. Zwischen das konservative Beharren beim alten und das liberale freie Ringen der wirtschaftlichen Kräfte miteinander und gegeneinander schob sich 1870 im preussischen Landtage und 1871 im Deutschen Reichstage als dritte Partei das Zentrum. Es verband konservative und liberale Ideen und fügte die Vertretung der katholischen kirchlichen Interessen dazu. Man erinnere sich, daß 1871 Bismarck den sogenannten Kulturkampf entfesselte, der das Zentrum unter Windhorsts Führung zusammenschweißte.

Diesen drei bürgerlichen Parteien stand die Sozialdemokratie gegenüber, die in beispielloser Entwicklung innerhalb eines knappen halben Jahrhunderts die weitaus stärkste und in sich geschlossenste Partei geworden ist. Abgesehen von der Zeit zwischen 1878 und 1890, während der das Sozialistengesetz in Wirksamkeit war, bedeutete jede neue Reichstagswahl einen weiteren Fortschritt an Wählerstimmen. Das ergibt sich aus folgender Uebersicht. Es wurden abgegeben:

Bei der Wahl am	Sozialdem. Stimmen	Das sind Wahlberechtigten	Prozent der Wähler	Anteil der sozialdemokr. Abgeordneten.
3. März 1871 . . .	128 975	1,5	3,19	2
10. Januar 1874 . .	351 952	4,0	6,78	9
10. Januar 1877 . .	423 288	5,5	9,13	12
30. Juli 1878 . . .	437 158	4,8	7,59	9
27. Oktober 1881 . .	311 961	3,4	6,12	12
28. Oktober 1884 . .	549 990	5,9	9,71	24
21. Februar 1887 . .	763 128	7,8	10,12	11
20. Februar 1890 . .	1 427 298	13,9	19,75	35
15. Juni 1893 . . .	1 786 788	16,8	23,28	44
16. Juni 1898 . . .	2 107 076	18,4	27,18	56
16. Juni 1903 . . .	3 010 771	24,0	31,71	81
25. Januar 1907 . .	3 269 029	24,4	33,94	43
12. Januar 1912 . .	4 250 399	29,4	34,82	110

Der 19. Januar 1919 hat dann der alten sozialdemokratischen Partei über 11 Millionen Stimmen und 165 Abgeordnete gebracht. (Zu den 163 im Reiche Gewählten sind noch die

beiden Abgeordneten der deutschen Besatzungsgruppen in Rußland getreten.) Zählen wir die 22 Mandate der Unabhängigen und ihre mehr als 2 Millionen Stimmen dazu, so ergibt sich eine Gesamtziffer von 187 sozialdemokratischen Mandaten und 18½ Millionen Stimmen oder rund 48 pZt. sozialdemokratischer Wähler. Das ist in der Tat ein in der politischen Parteigeschichte beispielloser Entwicklungsgang, der noch nicht zum Abschluß gelangt ist, es sei denn, der Bruderkrieg innerhalb der Sozialdemokratie nehme weiterhin Formen an, die jede Werkkraft der Parteideen auf die noch fernstehenden Kreise unterbinden.

Auch in der Nationalversammlung ringt die liberale Gedankenwelt, vertreten durch die demokratische und die deutsche Volkspartei, im Verein mit den konservativen Anschauungen, vertreten durch die Deutschnationalen, mit der Sozialdemokratie. In ihren Programmreden haben die Konservativen durch ihren neuen Führer, Grafen Posadowsky, nicht verhehlt, daß sie die Revolution und die ihr entsprungene republikanische Staatsform zwar als Tatsachen anerkennen, aber beides weder für ein Glück noch für die Geschichte letztes Wort betrachten. Das Zentrum hat durch Gröbers Mund erklären lassen, daß er die Revolution für schädlich in ihren Wirkungen und für überflüssig hält, da die Demokratisierung des Staatslebens bereits im vorigen Frühjahr durch die Beschlüsse des Reichstags im besten Zuge gewesen sei. Die Nationalliberalen ließen durch Piefer verkünden, daß sie auch als Deutsche Volkspartei nicht Fisch und nicht Fleisch sind. Nur daß sie an der Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln festhalten wollen, also antisozialistisch sind, wurde mit Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Die kleinen Abplitterungen von den bürgerlichen Parteien, der bayerische Bauernbund, die kleinen schwäbischen Grüppchen, der braunschweigische Landeswahlverband, die Deutsch-Hannoversche Partei und die Schleswig-Holsteinischen Boden- und Landarbeiterdemokraten, haben keine Entwicklungsmöglichkeit. Sie werden verschwinden oder als Wilde sich von Fall zu Fall bald der einen, bald der andern großen Parteigruppe anschließen. Die schwäbischen Winzer und Mittelländler sind bereits den Demokraten beigetreten, und der einzige Vertreter des braunschweigischen Landeswahlverbandes hat als Hospitant bei den Konservativen Unterschlupf gefunden. Die Revolution hat zwar die Namen der Parteien geändert, auch ihre Stellungnahme zu den brennenden Fragen der Gegenwart beeinflusst, aber den Kern ihres Wesens unverändert gelassen. Nach wie vor finden wir Vertreter des Konservatismus und des Liberalismus, denen der demokratische Sozialismus gegenübersteht. Zwischen ihnen werden sich die Parteikämpfe der nächsten Zeit abspielen.

Als die Nationalversammlung in Weimar zusammengetreten war, hat sich die Sozialdemokratie in langen und schwierigen Verhandlungen bemüht, die Demokraten allein für die unentbehrliche Mehrheitsbildung zu gewinnen. Die Demokraten haben das entschieden abgelehnt. Sie wollten nur im Verein mit dem Zentrum die Mehrheit bilden. Sie mochten befürchten, daß sie allein ohnmächtig bleiben würden und die Mehrheit in Wirklichkeit dann nur bei der Sozialdemokratie liege. Man kann ihnen nicht Unrecht geben. Jedenfalls ist durch die Notwendigkeit, auch das Zentrum mit in den Ring der Mehrheitsparteien zu nehmen, die politische Lage weder vereinfacht noch durchsichtig gestaltet worden. Aber es blieb nichts übrig, als das Zentrum mit in den Kampf zu nehmen, nachdem auf andere Weise eine Mehrheit nicht zu bilden war.

Laßt uns fleißig arbeiten, wie es nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Laßt uns die Seelen noch einiger Millionen Wähler durch unser Wirken gewinnen. Das ist leicht zu erreichen. Dann finden in wenigen Monaten neue Wahlen statt, und haben wir bis dahin das Vertrauen neuer Wählerkreise uns errungen, dann wird das, was jetzt im Werden begriffen ist, eine reine sozialdemokratische Mehrheit, vollendete Tatsache sein, und wir können aus eigener Macht die Zügel führen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Generalversammlung 1919.

Für die für das Frühjahr in Aussicht genommene Generalversammlung werden im Zentralbureau die einzelnen Wahlabteilungen zusammengestellt. Für die Aufstellung der Wahlabteilungen wird die Mitgliederzahl des vierten Quartals 1918 zugrunde gelegt. Eine ganze Anzahl von Zahlstellen hat die Abrechnung vom vierten Quartal noch nicht eingesandt. Wir bitten um sofortige Einsendung derselben, andernfalls diese Zahlstellen bei der Einteilung nach Wahlabteilungen unberücksichtigt bleiben.

Beitragsleistung 1919.

Die Beitragsleistung für das Jahr 1919 beginnt mit dem 23. Februar.

Die Woche vom 23. Febr. bis 1. März ist die 1. Beitragswoche
 " " " 2. März " 8. " " 2.
 " " " 9. " " 15. " " 3.
 " " " 16. " " 22. " " 4.

Der wöchentliche Beitrag beträgt:

Lohnkl. 1. bis inkl. 35	Stundenlohn	Für die Zentralkasse	Für die Lokalkasse (mindestens)
2, 36 bis 40	"	40	10
3, 41 " 45	"	50	15
4, 46 " 50	"	55	15
5, 51 " 55	"	60	20
6, 56 " 60	"	65	20
7, 61 " 65	"	70	25
8, 66 " 70	"	75	25
9, 71 " 75	"	80	30
10, 76 " 80	"	85	30
11, 81 " 85	"	90	35
12, über 85	"	95	35

Erkrankte Mitglieder haben für die Dauer ihrer Krankheit (Seitbehandlung) nur den Beitrag für die Arbeitslosenunterstützung zu leisten, und zwar in der ersten Unterstützungsstufe 15 %, in der zweiten Unterstützungsstufe 20 % und in der dritten Unterstützungsstufe 25 % pro Woche. Hierfür wird eine besondere Quittungsmarke geliefert.

Invaliden- und Unfallrentner gelten nicht als „Kranke“ und dürfen keine Krankenmarken haben.

Die Feuerungszulagen werden auf die Verbandsbeiträge nicht angerechnet. Das heißt, kein Verbandsmitglied und keine Verbandszahlstelle rücken durch die Feuerungszulage in eine höhere Beitragsstufe auf. Es ist also unstatthaft, höhere Beitragsmarken zu kleben, um in eine höhere Unterstützungsstufe aufzurücken.

Bericht über die zentralen Tarifverhandlungen für das Baugewerbe, eine 4. Feuerungszulage betreffend.

Mit dieser Nummer des „Zimmerer“ gelangt der Bericht über die zentralen Tarifverhandlungen über eine 4. Feuerungszulage vom 9., 10. und 11. September 1918 im Reichswirtschaftsamt zu Berlin zum Versand. Alle Zahlstellen erhalten ein Exemplar für die Zahlstellenbibliothek. Zahlstellen, die den Bericht mit dieser Sendung nicht erhalten, müssen das umgehend dem Zentralvorstand mitteilen, damit Nachsendung erfolgt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Braunschweig. Im 14. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende begrüßte zunächst mit einer Ansprache die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden. Dann führte er in seinem Jahresbericht folgendes aus: Als im Jahre 1914 der Krieg ausgebrochen war, bemerkten wir leider auch sofort, daß die von der Wichtigkeit der Organisation noch nicht ganz überzeugten Kameraden den Krieg für den geeigneten Zeitpunkt ansahen, um der Organisation den Rücken zu kehren. Um diesem vorzubeugen, gaben wir ein diesbezügliches Flugblatt heraus. In einer sehr gut besuchten Versammlung konnten wir dann auch diese Kameraden eines andern belehren, und sie erklärten sich bereit, die Beiträge weiter zu zahlen, so daß unsere Zahlstelle auf ihrer Höhe blieb. Als Unterstützung für unsere Kriegerfrauen wurde festgesetzt: Für jede Frau M 3 und für jedes Kind M 1 pro Woche. Leider mußten wir später diesen Satz etwas herabsetzen, da der Krieg doch nicht so rasch zu Ende ging, als wir glaubten. Durch die Verschaffung von Kriegsmaterialien trat bei uns Wagenmangel ein und infolgedessen auch ein Mangel an Holz. Wir wandten uns deshalb an die Unternehmer mit dem Ersuchen, keine Entlassungen vorzunehmen, sondern die Arbeitszeit zu verkürzen. Diesem Wunsch wurde stattgegeben, und wir arbeiteten eine Zeitlang vier bis fünf Stunden täglich. Erst dann konnten wir wieder voll arbeiten, als die Barackenbauten für Verwundete errichtet wurden. Im Jahre 1916 hatten wir in den Monaten Januar und Februar eine kleine Arbeitslosigkeit, die aber in den kommenden Monaten wieder behoben wurde. Da sich schon in diesem Jahre ein Steigen der Lebensmittelpreise bemerkbar machte, so wandten wir uns an die Unternehmer wegen Bewilligung einer Feuerungszulage. Leider lehnten sie diese ab unter Hinweis auf den Tarif, und da wir nur eine leidliche Konjunktur hatten, so konnten wir auf die Unternehmer keinen Druck ausüben. Auch in diesem Jahre blieb unsere Zahlstelle auf ihrer Höhe. Zur Feier unserer fünfundsanzwanzigjährigen Zugehörigkeit zum Zentralverband hielten wir am 5. Dezember eine Mitgliederversammlung ab, zu der wir auch unsere Kriegerfrauen eingeladen hatten. Diese waren vollzählig erschienen; ein Zeichen, daß auch sie ein volles Verständnis für unsere Organisation hatten. Im Jahre 1916 erhielten vier Unternehmer vom Generalkommando des 10. Armeekorps den Auftrag, Getreideheber für Rumänien zu liefern. Da diese Arbeiten bedeutend besser bezahlt wurden als Privatarbeiten, so wandten wir uns an diese Unternehmer wegen einer Lohnerhöhung für die an dieser Arbeit beschäftigten Kameraden. Die Unternehmer lehnten eine Lohnerhöhung ab unter Hinweis auf den Tarif und auf die demnächst stattfindenden Verhandlungen in Berlin wegen einer Feuerungszulage. Trotzdem wandten wir uns an das Generalkommando, und dieses erwiderte uns, daß erst dann von ihm eingeschritten werden könnte, wenn eine Niederlegung der Arbeit erfolgen würde. Leider konnte der Vorstand die Kameraden zur Niederlegung der Arbeit nicht bewegen. Auch in diesem Jahre blieb unsere Zahlstelle auf ihrer Höhe, und die Arbeitslosigkeit war sehr gering. Im Jahre 1917 hatten wir sehr unter dem Hilfsdienstgesetz zu leiden durch den § 9. Einige Kameraden waren gezwungen, das Schlichtungsamt in Anspruch zu nehmen, da ihnen von den Unternehmern der Abfehrchein verweigert wurde. Das Jahr 1918 als letztes Kriegsjahr ist das Jahr der Umwälzung. Wir haben durch die Revolution nicht nur politische Erfolge errungen, sondern auch wirtschaftliche, und zwar den Achtstundentag. Auch haben wir die wenigen Kameraden, die noch unorganisiert in den Metallbetrieben tätig waren, durch den revolutionären Druck unserer Organisation zugeführt, so daß wir mit 100 pZt. in unserer Zahlstelle organisiert sind.

Es ist nun unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß uns dieser Erfolg nicht wieder geschmälert wird. — Hierauf verlaßt der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Wir hatten am Schlusse desselben ein Lokaltvermögen von M 2648,08. Wie Mitgliederzahl betrug 178 und die der Stenografen 119. In unserer Krankenunterstützungsstufe hatten wir ein Defizit von M 185,60. An Familienunterstützung sind gezahlt worden in den Jahren 1914 bis 1918 an 834 Kameraden M 5729. An Zuschüssen für Arbeitslose in den Jahren 1914 bis 1918 M 566,50. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In „Gewerkschaftliches“ wurde mitgeteilt, daß trotz des Achtstundentages auf dem Schmiedesehen Plage noch neunehnhalf Stunden gearbeitet werde. Die Angelegenheit soll unterjocht werden. Bei einer Umfrage wurde festgestellt, daß die beiden Streiktage bei Ausbruch der Revolution ausbezahlt seien. Bei Erörterung der Lohnfrage wurde allgemein geäußert, daß ein Reichstarif nicht wieder abgeschlossen werden dürfe in Anbetracht der günstigen Baukonjunktur, die ohne weiteres eintreten werde. Zum Schluß bemerkte der Vorsitzende noch, daß nunmehr sämtliche Zimmerer Braunschweigs organisiert seien, daß wir also 100 pZt. erreicht hätten, und infolgedessen an der Spitze der Zentralorganisation marschierten. Es müsse nun unsere Aufgabe sein, auch in Zukunft dafür zu sorgen, daß uns diese Stelle nicht streitig gemacht wird.

Cassel. (Jahresbericht.) Bedauerlicherweise stand auch das hinter uns liegende Jahr noch vollständig im Zeichen des Krieges. Wangen Herzens währte die geplagte Menschheit, daß auch dieser Zeitabschnitt eine Erlösung von den Fesseln des Militarismus uns noch nicht bringen werde. Endlich, kurz vor Schluß des Jahres, wurde diesem Völkermorden ein Ziel gesetzt. Möchte doch diese schreckliche Leidenszeit allen Völkern die Erkenntnis eingegeben haben: Solch ein unmenschliches Trauerspiel muß für alle Zeiten ein Ende haben. Arbeitslosigkeit war im Laufe des Jahres für unsere Mitglieder noch reichlich vorhanden. In der privaten Bautätigkeit, welche fast gänzlich ruhte, waren nur einige notwendige Umbauten zu bemerken. Die Holzschneiderei für den Heeresbedarf nahm die noch vorhandenen Arbeitskräfte fast völlig in Anspruch. Die Instandhaltung und Erweiterung der militärischen Bauten beanspruchten ebenfalls weitere Arbeitskräfte, so daß von einigen Geschäften ältere Kameraden, die im Heeresdienst standen, reklamiert wurden. Arbeitslose hatte die Zahlstelle auch in diesem Jahre nicht zu verzeichnen. Waren somit die Arbeitsgelegenheiten günstig, so daß über Verdienstmöglichkeit nicht zu klagen war, so konnte trotzdem das Einkommen eines Zimmerers infolge der stetig steigenden Lebensmittelpreise, Minderungen usw. mit den Ausgaben nicht in Einklang gebracht werden. Eine statistische Aufnahme über die Lebensmittelpreise und dergleichen, die vom Zentralvorstand eingeleitet war, ergab geradezu erschreckliche Preise. Nur einige seien genannt: 1 Pfund Bohnen M 2,80, Schmierkäse M 2, Mehl M 3,20, Marmelade M 2,80, Zucker M 3,20 usw. Um die Arbeitskraft nicht gänzlich schwinden zu lassen, waren die Arbeiter gezwungen, diese schwindelhaften Preise zu zahlen. Arbeitslosheit, die fast nur im Schleißhandel zu erhalten waren, mußten mit M 80 und noch mehr bezahlt werden. Durch die Maßnahmen, daß die Protration geführt und fleischlose Wochen eingeführt wurden, steigerte sich der Unwille der werktätigen Bevölkerung zur Empörung, weil allgemein die Ueberzeugung vorhanden war, daß, wenn alle Lebensmittel usw. richtig erfährt, die letztere Maßnahme für die arbeitende Bevölkerung nicht notwendig gewesen wäre. Durch die genannten Umstände wuchs die Erregung unserer Mitglieder im ganzen Reiche. Um dieser zu steuern, wurden überall und auch hier weitere Feuerungszulagen in die Wege geleitet. Anfang August wurde der Casseler Bauvereinigung ein Schreiben unterbreitet, worin um eine neue Regelung der Lohnverhältnisse ersucht wurde. Es wurde uns mitgeteilt, daß sie allein nicht zuständig sei, daß wir uns an ihren Bezirksverband, den Mitteldeutschen, wenden möchten. Dieser wandte ein, daß die Zentralinstanzen hierüber entscheiden müßten. Die letzteren sind dann auch, vorzeitig als es von seiten der Arbeitgeber jedenfalls gewünscht wurde, zusammengetreten. Das Resultat war, daß ab 1. Oktober 15 % und ab 1. Januar 1919 weitere 10 % auf die bestehenden Löhne gezahlt werden und dieses bis zum 31. März 1919 Gültigkeit haben sollte. Hiermit stieg der Lohn auf 120 beziehungsweise 130 % pro Stunde. Die erste Staffel ist allgemein gezahlt worden. Nicht lange nachher vollzog sich für Deutschland ein politischer Umschwung, der der Gewerkschaftsbewegung den so lange ersehnten Achtstundentag brachte. Daß diese Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnneinbuße vor sich gehen mußte, war unter den gegebenen Verhältnissen etwas Selbstverständliches. Mit der hiesigen örtlichen Verwaltungsstelle des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde die Casseler Bauvereinigung wiederum um Regelung dieser Sache ersucht. Eine am 4. Dezember vorigen Jahres stattgehabte gemeinschaftliche Sitzung legte fest, daß ab 6. Dezember 1918 M 1,43 und ab 1. Januar 1919 M 1,53 pro Stunde für Maurer und Zimmerer gezahlt werden müssen. Auch diese Staffellung ist durchgeführt. Als sich ergab, daß in andern Berufen noch höhere Löhne als im Baugewerbe gezahlt wurden, glaubten die Bauhandwerker, nicht zurückstehen zu müssen, und richteten wiederum an die Arbeitgeberorganisation das Ansinnen, die Lohnfrage nochmals einer Krüfung zu unterziehen. In einer am 3. Januar dieses Jahres abgehaltenen Sitzung wurde unser Ansinnen von den Unternehmern abgelehnt. Falls sich jedoch nachweislich ergeben sollte, daß auch anderswo außer der Umrechnung der Achtstunden-Arbeitszeit noch höhere Löhne im Bauberufe gezahlt werden, solle der Sache noch näher getreten und eventuell noch einmal eine Sitzung stattfinden. Ob hierbei noch etwas herauszuholen ist, ist recht fraglich. Unser Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1917 106. Dadurch, daß endlich die 52 Monate im Weltkriege ausdauernden Kameraden zum Teil wieder zurückkehren konnten, ist die Mitgliedschaft wieder auf 178 gestiegen. Wir betauern jene braven Mitglieder, die ihr Leben in diesem schauerhaften Weltkriege lassen mußten. Ihre Namen bleiben uns unvergessen. Unsere zurückgekehrten Mitglieder beglückwünschen und begrüßen wir aufs herzlichste. Wir heißen alle als doppelt erprobte Kämpfer in unsern Reihen herzlich willkommen; wir sind gewiß, mit ihnen werden wir unsern Sieg erringen.

Karlsruhe. Am 12. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Rückblick und Ausblick. Kassenbericht vom 4. Quartal 1918. Vorstandswahl. Innere Angelegenheiten. Der Vorsitzende hieß die Kameraden und insbesondere die aus dem Felde zurückgekehrten herzlich willkommen und gedachte der gefallenen Kameraden, welche die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Dann schilderte Kamerad Barth die Vergangenheit unserer Zahlstelle seit ihrer Gründung (1890). Es war damals keine leichte Aufgabe, die Zahlstelle hochzuhalten. Das Häuflein Mitglieder war anfangs klein, und man konnte sich nur schwer entschließen, dem Verbands beizutreten. Auch haben die fremden Zimmergesellen Anteil an dem Zustandekommen der Zahlstelle. Viel zu leiden hatten wir unter dem fortwährenden Wechsel der Vorstandsmitglieder. Es fehlte eben an richtigen Organisationsgeist und an der Willenskraft. Als später eine kleine Lohnerhöhung gelang, wurde es lebendiger. Dann gründeten auch die Maurer eine Zahlstelle. Nun ging es rascher vorwärts. Die erste gemeinsame Tat mit den Maurern war der Umsturz in der Baugewerksinnungs-Kassenkasse; der ganze Ausschuss wurde von uns besetzt, und mit dem alten Pöppel wurde nun aufgeräumt. Die schändliche Behandlung der Kassen war bis dahin an der Tagesordnung gewesen. Das Vertrauen zur Organisation lag nunmehr. Erste Lohnbewegungen hatten wir nicht zu bestehen. Es ging alles seinen gewohnten Gang. Die Ausperrung 1910 brachte mehr Festigkeit in unsere Reihen. Der Tarif, der damals zustande kam, brachte uns eine kleine Lohnerhöhung; er lief im Jahre 1913 ab. Der Tarif von 1913 brachte uns eine Lohnerhöhung von 7 % und die neunmonatshöchste Arbeitszeit. Da inzwischen der unheilvolle Krieg ausbrach und die meisten Kameraden uns verlassen mußten, konnte kein neuer Tarif abgeschlossen werden; noch heute besteht der Tarif von 1913. Auf Anregung der Zentralleitung wurden Teuerungszulagen gewährt. Zu Anfang des Krieges hatten wir eine gute Bautätigkeit. Unsere Zahlstelle wuchs auf 250 Mitglieder; nach und nach mußten sie jedoch fast alle einrücken, und die Zahl der Mitglieder schmolz bis Ende des Krieges auf 80 herab. Wir hielten jedoch die Zahlstelle hoch. Unsern Dank allen, die zu ihrer Erhaltung beitrugen. Unsere Aufgabe muß nun sein, das Errungene festzuhalten. Heute steht unsere Zahlstelle wieder gut da, und wir hoffen, daß sie weiter wächst und gedeiht zum Nutzen der Kameraden und ihrer Familien. Unsere Kassenverhältnisse seien zurzeit gut. Der Bestand der Lokalkasse beträgt M 1522,94. An Kriegsunterstützung wurden zu Anfang des Krieges an die verheirateten Kameraden M 1100 aus der Lokalkasse gezahlt. Barth forderte die Versammlung auf, alles daranzusetzen, bis der letzte Zimmerer dem Verbandsbezug geführt ist. Wir sind nicht mehr gewillt, zuzusehen, wie andere, die uns noch fernstehen, die Errungenschaften ohne Zutun einstreichen. Wir werden das Erreichte festhalten, und dazu bedarf es der Einigkeit. Auch die nächste Generalversammlung des Verbandes, die im Frühjahr stattfindet, wurde erwogen; sie werde uns neue Richtlinien geben. Es werden wichtige Punkte zum Ausbau unserer Organisation zu erledigen sein, so zum Beispiel die Erwerbslosenunterstützung. Auch ist eine Sektionsabteilung geplant. Dem Arbeiterschutts müssen wir ebenfalls unser Augenmerk zuwenden; denn hier ist schon schwer gesündigt worden, und die Kameraden selbst tragen ein Teil Schuld mit. Mancher könnte seine gesunden Glieder noch haben, und mancher Vater würde seiner Familie erhalten geblieben sein, wenn auf diesem Gebiete mehr Energie obwalten würde. Wir sind nicht gewillt, auf dem Schlachtfeld der Arbeit unser Leben zu opfern. Darum, Kameraden, beherzigt diese Worte und handelt danach. Mit diesen Worten schloß Kamerad Barth seine Rede. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1918, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Der Kassierer erhielt ein Lob für seine Mühewaltung. Die Vorstandswahl vollzog sich rasch, nur wollte niemand den Posten als erster Vorsitzender annehmen. Gewählt wurden Barth als Vorsitzender, Groß als Kassierer, Galle als Schriftführer. Auch die Ersatz- und Unterkassiererwahl ging glatt vonstatten. Alle Wahlen erfolgten einstimmig. Unter „Verschiedenes“ wurde Umfrage gehalten betreffs der Umrechnung des Lohnes auf die achtstündige Arbeitszeit. Es wurde festgestellt, daß alle Unternehmer dem Beschluß des badischen Arbeitgeberbundes, ab 1. Januar den erhöhten Lohn zu zahlen, nachgekommen sind. Nur der Zimmermeister Wegner machte eine Ausnahme. Wir hätten es nicht erwartet von ihm, da er ja früher auch in unsern Reihen stand. Der Vorsitzende schloß dann die gut besuchte und harmonisch verlaufene Versammlung. Von mehreren Kameraden hörte man sagen: So ist noch keine Versammlung verlaufen, wie die heutige; so sollte es immer sein. Es wird immer so sein, wenn die Harmonie der Kameraden auch ferner standhält.

Merseburg. Am 9. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Geschäftsleiter, Kamerad Gramann, gab den Jahresbericht; er führte folgendes aus: Unter dem Eindruck der gewaltigen Umwälzung auf politischem Gebiete seien die Gewerkschaften allgemein in der Lage, günstigeren Bericht als zuvor zu bringen. Auch unsere Zahlstelle habe sich die neugeschaffenen Verhältnisse zunutze gemacht und die bisher noch fernstehenden Berufangehörigen der Organisation zugeführt. Im Bezirk der Zahlstelle seien 1148 Mitglieder zu verzeichnen gewesen. Der Durchschnitt der zahlenden Mitglieder betrage aber nur 542. Hieraus könne man erkennen, wie es auf den Arbeitsplätzen funktioniert habe. Eintritte wurden 421 erzielt. Wo jetzt völlige Bewegungsfreiheit herrsche, könne man annehmen, daß auch die Versammlungen größeren Andrang hätten. Wenn nicht die Lohnbewegungen das anziehende Element wären, würden sie noch spärlicher besucht werden. Das müsse besser werden. An Versammlungen haben stattgefunden 4 Generalversammlungen, 5 außerordentliche Versammlungen und eine Versammlung, die sich mit der Gründung einer Verwaltungsstelle der Zentral-Kassenkasse der Zimmerer befaßte. Vorträge wurden 7 gehalten. Die wirksamste Agitation sei und bleibe die durch das Bau- und Plakatsystem. Auch die Kassierung auf den Bauten in den Baracken sei von der genauen Bücherkontrolle abhängig. Ueber die Tätig-

keit des Vorstandes, speziell des Geschäftsleiters, läßt sich kurz berichten, daß 181 Touren innerhalb des Bezirks nach den Großbauten notwendig waren. Zur Erledigung innerer Angelegenheiten sind 9 Vorstandes- und 13 Funktionärstouren abgehalten worden; ferner hat der Geschäftsleiter an 8 Ausschuss- und andern Sitzungen teilgenommen, außerdem an einer Konferenz mit den nächstliegenden Zahlstellenvorständen und an einer Gaukonferenz; schließlich noch an einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss in Weiskensfeld, an Verhandlungen mit verschiedenen Körperschaften über Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. Bei allen diesen Maßnahmen galt es, für die Wahrung und Förderung beruflicher Interessen einzutreten. Mit den arbeitgeberfeindlichen Zuständen auf dem Bauwerke hat die Revolution aufgeräumt. Ohne Zustimmung des Arbeiterrats und der Gewerkschaften dürfen irgendwelche Maßnahmen nicht getroffen werden. Der Geschlossenheit der organisierten Arbeiter ist es zu verdanken, daß das Mitbestimmungsrecht in allen beruflichen und wirtschaftlichen Fragen erlangt ist. Die Löhne im Baugewerbe auf dem Bauwerke stiegen von M 1,05 beziehungsweise 95 % pro Stunde durch tarifliche und ausgleichende Regelung mit dem 1. Januar 1919 auf M 1,75 für gelehrte Facharbeiter (Zimmerer, Maurer, Zementure), für Hilfsarbeiter über 18 Jahre auf M 1,65. Im Stadtbezirk Merseburg stieg der Lohn von M 1 auf M 1,45. Für die Lohngebiete Dürrenberg, Mücheln und Umgegend von 90 % auf M 1,39. Für Lauchstädt und Schafstädt von 90 % auf M 1,33 pro Stunde. Für die auf den Fabrik-Großbauten innerhalb des ganzen Bezirks beschäftigten Bauarbeiter, die mit dem Bauwerke zusammenhängen, gelten die für das letztere festgesetzten Löhne. Für die Bauten der Werke in Crumpha-Lüskendorf sind die vertraglich festgesetzten Löhne von M 1,67 zu zahlen. Die schriftliche Tätigkeit des Geschäftsleiters besteht nicht nur in der Erledigung der laufenden Eingänge, die 347 Briefe, Karten und Drucksachen umfaßte, sondern auch in der Beantwortung vielfacher Anfragen der Kameraden bei Rechts- und Klagefällen. Lohnvorenhaltungen und Krankengeldverweigerungen liegen so häufig vor, daß höhere Instanzen zur Entscheidung des Rechtsanspruchs angerufen werden mußten. Angefertigt sind 78 Schriftstücke, desgleichen 38 Einladungen und Zirkulare; 364 Briefe und Karten sind geschrieben, ungerichtet die Pakete und Drucksachen bei dem Zeitungsüberland. Einen erheblichen Zeitaufwand erforderte die Schlichtung von Differenzen auf den Arbeitsplätzen, die sehr oft zu vermeiden sind, wenn mehr Einigkeit vorhanden wäre. Die Jahresabrechnung hatte folgendes Resultat: Einnahme für die Lokalkasse M 13 987,25; ihr stand eine gleich hohe Ausgabe gegenüber. Für die Lokalkasse sind eingenommen einschließlich Bestand von 1917 M 9277,94, ausgegeben sind M 6842,79. Bleibt ein Bestand von M 2435,15. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Am Anfang des Jahres waren 517 Mitglieder vorhanden, der Zugang betrug 631, Summa 1148. Der Abgang ist 494, so daß Ende Dezember 654 Mitglieder vorhanden waren. Aus dem Angeführten geht hervor, daß unsere Zahlstelle als ein Glied der gesamten Arbeiterbewegung mit dazu beigetragen hat, stetig bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Wir erwarten, daß wir ähnliche Erfolge auch im kommenden Jahre zu verzeichnen haben. Nachdem die Neuwahl des gesamten Vorstandes, der Revisoren und Kartelldelegierten erledigt war, fand die Versammlung ihr Ende.

Am 28. Januar hielten die Zimmerleute auf dem Bauwerke eine stark besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende gab Erläuterungen, weshalb eine Neuwahl des Arbeiterrats notwendig geworden. An der Hand einer Aufstellung sämtlicher Bau- und Montagefirmen, die Zimmerer beschäftigen, wurden die zum Vorschlag gebrachten Kandidaten von den einzelnen Firmen zur Verlesung gebracht. Nachdem man noch einige Vorschläge seitens der Versammlung hinzugefügt, erklärte sich diese mit der Nominierung einverstanden. Notwendig sei nun, unberzüglich die Wahl, und zwar durch Stimmzettel, vorzunehmen. Dann handelte es sich darum, Maßnahmen zu treffen, um Entlassungen von Zimmerern seitens der Baufirmen vorzubeugen. Die letztgenannten hatten bereits angezeigt, wegen Arbeits- oder Materialmangels Leute zu entlassen oder längere Zeit aussetzen zu lassen. Der Arbeiterrat als untersuchende Instanz habe da bereits hindernd eingegriffen und den Vorschlag gemacht, falls Betriebs-einschränkungen sich nicht umgehen lassen sollten, des Sonntags die Arbeit ruhen zu lassen, da ja bekanntermaßen die allermeisten auswärtigen Wohnenden mittags oder schon früher abreisten. Ueber diesen Vorschlag entstand eine vielseitige und mit verschiedenen Anträgen verwickelte Debatte, die schließlich doch dahin führte, daß man als das Richtige ansah, am Sonntags den ganzen Tag zu feiern, wenn die Notwendigkeit dazu vorliegt.

Milheim a. Rh. Unsere am 12. Januar stattgefundene Generalversammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken unserer gefallenen Kameraden. Dann wurde die Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und der Kartelldelegierten erledigt. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht, woraus hervorging, daß unsere Zahlstelle trotz der schweren Kriegsjahre noch leistungsfähig geblieben ist. Der Mitgliederbestand betrug 105. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Zu einer regen Aussprache kam es über den Platz Padeschlag wegen Nichtzahlung der Auslösung. Es wurde eine Kommission gewählt, um dieserhalb vorstellig zu werden. Dann wurde auf Antrag die lokale Erwerbslosenunterstützung auf M 1 pro Tag festgesetzt. Unsere Mitgliederversammlungen sollen künftig am ersten Sonntag eines jeden Monats abgehalten werden im Lokale von Gustav Weise, Deuk, Milheimer Straße. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden noch darauf hingewiesen, daß das Errungene hochzuhalten und es Pflicht aller Kameraden sei, tatkräftig für unsern Verband zu agitieren sowie für regen Versammlungsbesuch zu sorgen.

München. (Jahresbericht.) Im verfloßenen Jahre war die Nachfrage nach Zimmerern so groß, daß sie niemals gedeckt werden konnte. Die Arbeitgeber bemüht sich bei den Militär-Arbeitsvermittlungsstellen eifrig, Zimmerer zu bekommen, aber möglichst aus allen Himmelsrichtungen, um die Einigkeit der Zimmerer möglichst zu

zer Sprengen. Doch das gelang nicht. Die Ortsverwaltung und eine Reihe unserer Kameraden hatten sich persönlich an die Firmen gewandt, um reklamiert zu werden, aber, obwohl sie als garnisondienst- oder arbeitsverwendungs-fähig gemustert waren, ohne Erfolg. Man tröstete sie hin, um sie los zu werden. Ein recht warmes Herz zeigten verschiedene Firmen für gewisse Elemente, da scheuten sie keine Mühe, sie zu reklamieren und bei Wiedereingliederung wieder frei zu bekommen. Kam ein weniger Angesehener nach 2 oder 3 Jahren Aufenthalt im Schützengraben wegen Dienstbeschädigung in die Heimat zurück, dann dauerte es nicht lange, er war bald wieder draußen. Dieses System erweckte große Erbitterung. Besonders die Firmen Moll und Stöhr haben versucht, die Zimmerer unter ihre Räder zu bringen. Sie haben Zimmerer von Militärkommandos erhalten, die unter ihrer Gewalt Herrschaft fanden. Ein anderer Teil der Firmen ist mit unsern Kriegskameraden besser verfahren. Die Arbeitsgelegenheit erstreckte sich fast nur auf Militärbauten. Die private Bautätigkeit hat fast vollständig geruht. Arbeitslose Mitglieder hatten wir nur infolge Frostwetters. Es wurde Arbeitslosenunterstützung an 8 Mitglieder ausgezahlt im Monat Januar M 39,50, im Monat Februar M 10.

Die Agitation mußte unermüdet reg sein. Aus allen Orten Bayerns kamen nichtorganisierte Zimmerer als Beurlaubte respektive Reklamirte an und verurteilten unsern Kameraden auf den Arbeitsplätzen große Schwierigkeiten, wenn sie nach deren Organisationszugehörigkeit sich erkundigten und Kontrollen vornahmen. Obwohl die Beurlaubten Zimmerer vom Land durch unsere Organisation den Schutz hatten, den gleichen Lohn, die Teuerungszulage und sonstigen Zulagen infolge unseres energischen Eintretens zu bekommen, ließ sich eine Anzahl dieser Kameraden doch nicht bekehren. Sie hielten im Starrsinn fest, daß sie ja, auch wenn sie nicht organisiert seien, den gleichen Lohn in die Tasche stecken und die Opfer andern überlassen könnten. Unsere agitatorisch rührigen Kameraden verstanden das aber anders. Man gab den Nichtorganisierten zu verstehen, daß es nur gleiche Rechte und gleiche Pflichten gäbe. Somit säuberten wir diese Ruden von Indifferenten durch ihre Aufnahme in unsere Organisation. Es ging zwar in vielen Fällen hart her, aber die Arbeit ist gemacht. Mehrere der so Organisierten wurden sogar eifrige Förderer unserer Sache. Eine planmäßige, umfassende Hausagitation wurde im Monat März unternommen; dabei wurden 215 Zimmerer aufgesucht. 179 davon schafften nicht im Zimmererberufe, 38 im Verufe, wovon 16 ihren Beitritt erklärten. 22 waren als nicht Organisierte zu verzeichnen. (Ausführlicher Bericht im „Zimmerer“ Nr. 23.) Eine große Fluktuation durch die Reklamirten, Beurlaubten usw. war zu verzeichnen. Während der Kriegszeit hatten wir 1045 Neuaufnahmen, der Abgang betrug 1030 Mitglieder. Am Schlusse des zweiten Quartals 1914 hatten wir 1091 Mitglieder. Ueber unser Organisationsleben informieren die nachstehenden Zahlen:

Jahrgang	Mitglieder am Jahresabschluss	Summ. Militär eingezogen	Vom Militär zurück gemeldet	Bestand des Lokalfonds
1914.....	651	448	10	40 372 14
1915.....	689	204	26	39 318 81
1916.....	595	125	35	40 999—
1917.....	702	83	50	41 338 27
1918.....	1226	70	459	47 603 41

Aus vorstehender Aufstellung geht hervor, daß man auch während der 4 1/2 Jahre Kriegszeit auf dem Damm war, organisatorisch unsern Mitgliederbestand aufrechtzuerhalten und neue Mitglieder zu werben. Auch in den Vorkriegsgebieten wurde tätig gearbeitet, auch außer dem Zahlstellenbereich Münchens, wo unsere Kameraden von Münchner Firmen beschäftigt waren. So wurden in Burghausen 25, in Deggendorf 18, Unter-Neufkirchen 26, im bestetzten Gebiet 25 Mitglieder dem Verbandsbezug zugeführt. Im Bad Löß wurde von der Zahlstellenverwaltung München ein Zahlstellenbezirk errichtet, wo wir jetzt 24 Mitglieder zählen. Unsere dortigen Kameraden sind recht rührig und erwarten von den Unternehmern, daß sie den Zimmerern einen Zimmermannslohn zahlen, damit sie nicht wie bisher den Bauarbeiten gleichgestellt sind. Es ist geradezu ein Schand, wenn man dem Zimmerer 20 % pro Stunde weniger als dem Maurer bezahlt. Auch haben die dortigen Maurer und Zimmerer die Umrechnung der achtstündigen Arbeitszeit noch nicht bezahlt erhalten. Es muß darauf gedrungen werden, daß die Arbeiterschaft auch dort zu ihren Rechten kommt. Infolge zentraler Tarifverhandlungen erhöhte sich unser Stundenlohn am 1. April dieses Jahres um 5 %. Die Preissteigerung überholte diese Lohnerhöhung aber sehr bald. Man versuchte bei den Unternehmern und Bauherren ein Entgegenkommen zu finden, um eine weitere Lohnerhöhung zu erhalten. Die Bauherren der Bayerischen Motorenwerke gestanden auch 25 % Lohnerhöhung zu. Die Bauleitung Moll sollte am nächsten Zahltag die Lohnerhöhung auf Konto der Direktion verrechnen. Die Firma Moll weigerte sich aber. Es kam zur Arbeitseinstellung, die drei Tage dauerte. Auf Verprechen des General-Kommandos, der Kriegsamtstelle und des Arbeitgeberverbandes, man werde in Verhandlungen eintreten und für Nachzahlung sorgen, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Bei den Verhandlungen der Tarifinstanzen kam für München eine Lohnerhöhung ab 15. September von 15 % und ab 1. Januar 1919 von 10 % heraus. Dem Versprechen, die Nachzahlung ab Juli zu leisten, ist man aber nicht nachgekommen. Das zeigt, wie ernst man unsere Unternehmern und den Arbeitgeberverband in München zu nehmen hat. Mit besonders großen Bemühungen ist es der Ortsverwaltung gelungen, während des Krieges die Lage der Zimmerer in geordneten Bahnen zu halten. Sind doch viele schriftliche Eingaben an die Kriegsamtstelle, das Kriegsministerium usw. gemacht worden. Auch sind wir persönlich vorstellig geworden. Erfolge, die erzielt wurden, sind gewöhnlich recht hartnäckig abgerungen worden. Die Lebensmittelversorgung brachte täglich neue Schwierigkeiten. Wenn wir glaubten, geordnete Verhältnisse geschaffen zu haben, kam eine Verordnung heraus, die besagte: „Den Hungerräumen ein Lochengericht an den.“ Die Organisationsleiter und Arbeiterausschüsse bekamen

durch diese Verordnungen immer wieder eine frische Brüche auszulöffeln mit ihren Arbeitskollegen, während man andererseits im Ueberflusse lebte. Diesem wurde aber seitens unserer schwarzen Regierung kein Damm entgegengesetzt. Der Schlichtungsausschuß wurde in 7 Fällen wegen Nichtausbändigung des Abwehrscheines angerufen. Die Verhandlungen ergaben, daß in 4 Fällen der Abwehrschein gegeben werden mußte und in 3 Fällen wurde er auf dem Vergleichswege ausgestellt. Hervorgehoben zu werden verdient auch hier die Firma Stöhr, die einem Junggesellen 80 % Stundenlohn, einschließlich Zulage, bezahlte. Auf Eruchen um den Abwehrschein erhielt er die Antwort, er solle an seine Arbeit gehen. Der Junggeselle verlangte nichtsdestoweniger seinen Abwehrschein, da er bei einem andern Unternehmer M 1,70 pro Stunde verdienen konnte. Er rief den Schlichtungsausschuß an. Der Vertreter der Firma Stöhr lehnte hier die Forderung mit der Begründung ab, der Junggeselle sei eine minderwertige Arbeitskraft. Sein Lehrbrief von Stöhr lautete jedoch „sehr gut“, er hatte die Prüfung mit „Note 1“ bestanden. Ihm ist der Abwehrschein ausgedrückt worden. Den Unternehmern, die mehr an Zahlung leisteten, wurden vom Arbeitgeberverband die größten Schwierigkeiten gemacht. Daß die Unternehmer höhere Löhne zahlen können, ergibt sich daraus, daß Kleinunternehmer von Großunternehmern Arbeiten übertrugen bekamen und dabei den Zimmerern einen Stundenlohn von M 1,70 und M 1,80 zahlten. Die Großunternehmer, die die Arbeit als erste in der Hand hatten, zahlten hingegen den nächsten Stundenlohn von M 1,12. Obwohl die Unternehmer gut verdienen, mußten mehrere unserer Mitglieder die Hilfe des Verbandes in Anspruch nehmen, um zu ihrem Rechte zu kommen. Die ins Uferlose gehenden Steigerungen aller Bureauartikel und andere Mehrausgaben veranlaßten die Februarversammlung den Sommerlohnbeitrag wie den Winterlohnbeitrag auf 50 % pro Woche festzusetzen, um das Konto auszugleichen. — Die Einnahme und Ausgabe für die Zentralkasse betrug M 26 083,50. Für die Lokalkasse betrug die Einnahme M 18 103,39, die Ausgabe M 11 838,25. Der Ueberschuß für das Jahr 1918, einschließlich Zinsen, beträgt M 6265,14. Unser Vermögen, das bei Kriegsausbruch M 40 372,14 betrug, beträgt somit M 47 603,41. Für unsere Kriegsteilnehmer wurden während der Kriegszeit aus Lokalmitteln M 7867,99, aus der Hauptkasse M 27 046, insgesamt M 34 903,99, gezahlt. Mitgliederbewegung: Bestand vom 4. Quartal 1917 702, ihre Mitgliedschaft erneuert 122, eingetreten 245, zugewandert 95, vom Militär zurückgemeldet 429; zusammen 1593 Mitglieder. Ausgetreten 6, gestrichen 24, gestorben 9, abgewandert 228, zum Militär eingezogen 70, zum wiederholten Male zum Militär eingezogen 30; zusammen 367. Somit beträgt der gegenwärtige Mitgliederbestand 1226. Während ein Teil unserer Kameraden noch im Kriegsdienst steht, hat sich ein anderer Teil noch nicht angemeldet. Hoffentlich kommen diese Kameraden aber ihrer Pflicht recht bald nach, damit sie ihrer Rechte nicht verlustig gehen. Als Opfer des Weltkrieges sind in diesem Jahre 8 Kameraden geblieben. Insgesamt beträgt die Zahl der Gefallenen 60. Möge ihnen die Erde leicht sein. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Posteingänge in diesem Jahre beliefen sich auf 3540, die Ausgänge auf 10 994, davon für die im Kriegsdienst stehenden Kameraden 7448. Der Gesamtausgang für die Kriegsjahre beträgt 24 228 für Männer, für Frauen am Ort 2726. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß wir unsern Kriegern die größte Aufmerksamkeit schenken, um sie über den Lauf der Dinge in der Heimat zu informieren. — Es haben stattgefunden: 4 Quartalsversammlungen, 8 außerordentliche und 87 Bezirksversammlungen, 140 Platzbesprechungen und 54 Platzversammlungen. Die Vorstandschaft hatte 18 Sitzungen, 6 Agitationsleitungsitzungen, an welchen der Vorstand, die Bezirksführer und die Kassierer teilnahmen, und 4 Revisionen. Das Versammlungsleben lag infolge der Verhältnisse im argen. Nach Eintritt besserer Witterungsverhältnisse muß eine rege Agitation für den Versammlungsbesuch entfaltet werden, um das Versammlungsleben wieder lebhafter zu gestalten.

Kameraden Münchens und Umgebung! Eure Zahlstelle steht nach 4 1/2 Jahre langem hartem Ringen und Kämpfen so fest wie am 4. August 1914, wo mancher mit Bangen daran dachte, was wohl werden wird. Wir, die Dabeingebliebenen, haben die Festung hochgehalten. Jetzt gilt es, daß auf's neue Hand angelegt wird, damit wir die vor uns stehende harte Zeit überwinden. Es gilt für alle Kameraden, ob jung oder alt, nicht nur Beitragzahler zu sein, sondern auch agitatorisch mitzuwirken. Mit der Revolution kam auch unser längst erstrebtes Ziel, der Achtstundentag, zur Verwirklichung. Eine Forderung, die schon fast während eines Menschenalters erhoben wurde, brach sich Bahn und wurde Gesetz. Jeder unserer Kameraden muß die Einhaltung des Achtstundentages als eine heilige Pflicht erachten. Wenn er diese gesetzliche Erwerbskraft mißbraucht, wird er sich zum Verbrecher stampeln. Der politische Umsturz soll erneuten Eifer in unsere Nerven bringen. Der ganzen Welt wollen wir zeigen, daß wir gewillt sind, das Unrecht, das seit Jahrhunderten herrschte, nicht länger zu tragen. Wir wollen mitarbeiten, um den sozialen Aufstieg zu verwirklichen. Arbeiten wir in diesem Sinne, dann werden wir trotz der kommenden schweren Ereignisse und von der bisherigen Knechtschaft befreit und freie Menschen werden.

Zwickau. (Jahresbericht.) Am 26. Januar tagte unsere gut besuchte Jahresversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die vom Militär entlassenen Kameraden herzlich willkommen geheißen und der Wunsch ausgesprochen, auch in Zukunft treu zur Organisation zu stehen und die Pflichten zu erfüllen. Hierauf wurden die Jahresberichte erfaßt, Neuwahlen vorgenommen sowie unter „Verschiedenes“ aufmerksam gemacht auf die am 1. Februar stattfindenden Arbeiterratswahlen. Ferner wurde die Kontrolle der Arbeitslosen geregelt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist hervorzuheben: Im Berichtsjahre haben 7 Versammlungen stattgefunden, die immer verhältnismäßig gut besucht waren. Das Jahr 1918

hat für das deutsche Volk, insbesondere für die Arbeiter, gewaltige Umwälzungen gebracht. Was in jahrelangen Kämpfen nicht erreicht werden konnte, das ist in kurzer Zeit zur Wirklichkeit geworden: Der Achtstundentag sowie ein Recht auf Arbeit sind die Erfolge, die zunächst für die Gewerkschaften außerordentlich viel Bedeutung haben. Auch in diesem Jahre mußten die Zimmerer mit Lohnforderungen an die Unternehmer herantreten, um die hohen Preise für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände bezahlen zu können. Durch zentrale Vereinbarung ist für Zwickau der Lohn pro Stunde um 25 % erhöht worden. Nach Einführung des Achtstundentages ist durch Umrechnung der Stundenlohn auf 154 % festgesetzt. Diese Erfolge waren nur durch und mit Hilfe der Organisation zu erzielen. Eine Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe für die Kreishauptmannschaft und für den Ort selbst besteht ebenfalls. Vertreter sind Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Sie haben die Aufgabe, Arbeitsgelegenheit herbeizuführen während der Uebergangswirtschaft, damit nach so langer Kriegsdauer eine wirtschaftliche Erholung eintritt. Im Berichtsjahre waren in unserer Zahlstelle keine Arbeitslosen zu verzeichnen. Durch die überstürzte Demobilisierung haben viele vom Militär entlassene Kameraden im Beruf keine Arbeit erhalten und mußten Arbeit auf Vergewerten annehmen. Andere Kameraden haben auch in diesen Betrieben keine Arbeit erhalten können und sind infolgedessen arbeitslos. Bei der Statistikaufnahme am 25. Januar wurde festgestellt, daß 199 Mitglieder vorhanden sind; davon sind seit der Demobilisierung 82 Kameraden vom Militär entlassen. Die Klassenverhältnisse waren im verflochtenen Jahre folgende: Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M 2540,60, für die Lokalkasse M 1902,36. Für die Unterstufungen an Kriegerkassen sind aus der Zentralkasse M 781, aus der Lokalkasse M 50 ausgezahlt worden. Die Gesamtsumme der aus der Zentralkasse gezahlten Unterstufungen während des Krieges an Kriegerkassen beträgt M 5970, aus der Lokalkasse M 2623. Die Gesamtausgabe der Lokalkasse beträgt M 939,39. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Jahresabschluss M 8955,59. Einen Ueberschuß in der Lokalkasse von M 961,97 zu erzielen, war nur möglich, indem für die Lokalkasse die Wochenbeiträge um 5 und 10 % erhöht worden sind. Lohnunterschiede waren in diesem Jahre nicht zu verzeichnen. Anfang 1919 waren bei der Betonfirma Mibe Streitigkeiten entstanden, da die betreffende Firma für Arbeiten außerhalb Zwickaus die Auslösung nicht bezahlte und durch Verhandlung noch keine Einigung erzielt worden ist. Darum, Kameraden, werden auch für kommende Zeiten Lohnstreitigkeiten stattfinden, um so mehr müssen wir an dem Ausbau unseres Verbandes arbeiten, um für kommende Zeiten und Kämpfe gerüstet zu sein. Vor allen Dingen aber ist Einigkeit unter den Arbeitern nötig, keine Zersplitterung, damit der Aufbau im Wirtschaftsleben ruhig vor sich gehen kann. Hierzu ist aber vor allem Einigkeit nötig.

Sanggewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Beim Abbruch eines Schuppens auf der Marienhütte bei Michowitz, Kreis Beuthen in Oberschlesien, verunglückte der 19 Jahre alte Zimmerer und Verbandskamerad Lucian Rajuch. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Gewerkchaftliche Rundschau.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 1. und 2. Februar 1919 in Berlin. (Schluß.) Beim Punkt „Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten“ schilderte Sassenbach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation, die bereits ein Bureau von 1200 Köpfen beansprucht. Täuschungen sind bei der Inanspruchnahme der Gemeindehilfe nichts Seltenes, andererseits sind aber auch viele Berichte über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung übertrieben und unbegründet. Speziell für die Ruhrbergleute wies der Vertreter der Bergarbeiter auf das Ansammeln immer größerer Lagerbestände hin, das allein schon die maßlosen Klagen über die allgemeine Arbeitslosigkeit widerlege. In Oberschlesien und im halleischen Braunkohlenrevier sei allerdings die Sachlage wesentlich bedenklicher infolge nationalitätlicher und partakistischer Einflüsse. Immerhin wurde allseitig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert, und der neuen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Berechtigung zuerkannt. Die Frage Legiens, wie sich die Gewerkschaften hinsichtlich der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Bezüher von Erwerbslosenunterstützung Beitrag zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen — ebenso, als später die Beitragspflicht der im Sicherheitsdienst oder Grenzschutz tätigen Mitglieder angeschnitten wird.

Leipziger berichtet über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Die bisherigen, nicht geringen Kosten sind von der Seite der Unternehmer vorläufigweise vorausbezahlt worden; die Gewerkschaften müssen nun ihrerseits an ihren Beitragsteil denken. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmer die allgemeinen wirtschaftspolitischen Tätigkeitskreis, also auch die Mitkontrolle der Gewerkschaften hierbei, zu weitgehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammerfrage in der Versenkung verschwinden lassen, weil das paritätische Zusammenwirken in der Arbeitsgemeinschaft das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beitragspflichtig werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter stets betont, daß sie auf den öffentlichen Boden, den sie durch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten wollen und können. In vielen Zweigen schreite zudem die Bildung der Fachgruppen und

-ausschüsse sehr langsam fort. An die Stelle Schlieses, der das Arbeitsministerium in Württemberg übernahm, müsse abermals ein sehr tüchtiger und energischer Gewerkschaftsvertreter rücken, um unermüdet nach vorwärts zu drängen und kein Uebergewicht der sehr geschäftserfahrenen Arbeitgebervertreter aufkommen zu lassen. Die Aussprache enthielt noch manchen stillen Widerstand in Unternehmerkreisen, auch manche Gegensätze, beispielsweise auf handelspolitischem Gebiet, um derenwillen öfter schon ein Verengerung der grundlegenden Satzung erstrebt wurde. An Stelle Schlieses, auch im Demobilisierungsamt, wurde schließlich Cohen, Berlin, gewählt.

Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener.

Die Konferenz der Vorstandsvertreter erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrags, entgegen allen Grundfäden des Völkerrechts die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, während von Deutschland die Kriegsgefangenen restlos ausgeliefert sind.

Sie protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Konferenz erjudet die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Aufhebung dieser ungeheuerlichen Maßnahme geltend zu machen.

Der nächste Gewerkschaftskongress soll am 30. Juni in Nürnberg stattfinden. Auf Anregung von Thomas und Beipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Gewerkschaften und die Satzungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten soll; auch die Sozialfrage soll von ihr behandelt werden.

Zu einer Aussprache kam es noch über die Antwort, die das Reichsarbeitsamt auf die Eingabe, betreffend das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung, erteilte; ferner über die Stellungnahme des „Gewerkschaftsorgans“ zur Kellnerinnenentlassung. Ob die „Oswiata“ wieder achtungsvoll erscheinen soll, wird den beteiligten Verbänden zur Begutachtung unterbreitet werden. Dem Protest der Arbeiter gegen die Art der Inanspruchnahme der deutschen Handelsflotte durch die Entente schließt sich die Konferenz nach den Darlegungen Dörings nicht an. Ebenso wird ein Antrag der Holzarbeiter in Stuttgart, von der Nationalversammlung die gefällige Festlegung eines Minimallohnes zu fordern, als nicht spruchreif abgelehnt; ebenso die Gewährung von Kinder-Teuerungszulagen an die Angestellten der Generalmission. Die Erörterung der Grenzstreitigkeiten zwischen Vorzeelanarbeitern und Fabrikarbeitern bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten.

Briefkasten der Redaktion.

Die Kriegsterbetafel ist abgeschlossen; sie gelangt voraussichtlich in einer der nächsten Nummern des „Zimmerer“ zur Veröffentlichung. Es sind darin alle uns seit der letzten Veröffentlichung gemeldeten Namen von gefallenem und gestorbenen Kameraden aufgeführt. Etwa noch eingehende Meldungen können für die Kriegsterbetafel nicht mehr berücksichtigt werden; jedoch finden sie Aufnahme unter der Rubrik „Sterbetafel“.

Versammlungsanzeiger.

- Freitag, den 28. Februar:**
- Cassel:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlsruh 17. — **Jena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — **Münster i. W.:** Abends 7 Uhr bei Aug. Brinmann, Krummer Timpen 29/30.
- Sonntag, den 1. März:**
- Augsburg:** Abends 7 Uhr im „Wittelsbacher Hof“, Jesuitengasse. — **Bargteheide:** Bei Wellmann. — **Dessau:** Abends 8 Uhr im „Livolit“. — **Kulmbach:** Nach Feierabend bei Hans Hopp, Friedhofstraße. — **Mühlhausen i. Th.:** Gleich nach Feierabend im „Burgkeller“. — **Neubrandenburg:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus. — **Remscheid:** Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bismarckstraße.
- Sonntag, den 2. März:**
- Alstedt i. Th.:** Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. — **Celle:** Nachm. 3 Uhr. — **Cöthen:** Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Subwigshalle“. — **Düsseldorf:** Nachm. 6 Uhr bei Joh. Meller, Hafensir. 9. — **Essen:** Vorm. 11 Uhr im Lokale „Gros-Essen“, Steeler Straße 17. — **Frankfurt a. d. O.:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oderstr. 31. — **Garg a. Mügen:** Abends 7 Uhr im Gasthof Bries, Putbusser Straße. — **Hagen i. W.:** Vorm. 10 Uhr bei Heinrich Marpe, Cölner Straße 10. — **Kiel, Bez. Friedrichsberg:** Nachm. 4 Uhr im Laboe. — **Mülheim a. Rh.:** Bei Gustav Weise in Deutz, Mülheimer Straße. — **Scherkeleben:** Nachm. 8 Uhr bei Schrader, Bruchstr. 11. — **Steinach i. S.-M.:** Nachm. 3 Uhr bei Ottomar Mohwitz. — **Uelzen:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal. — **Wittenberge:** Nachm. 3 Uhr bei Herrn. Jahn, Steinstr. 8.

Anzeigen.

[M. 8] **Todesanzeige.**
Am 2. Februar starb an den Folgen eines Unfalles unser langjähriges Mitglied, der Kamerad **Albert Scholz.**
Ihm werden stets ein ehrendes Andenken bewahren die Kameraden der Zahlstelle Schweidnitz.